



Bertelsmann Stiftung (Hrsg.)

Alter neu denken

Gesellschaftliches Altern als Chance begreifen

Bertelsmann Stiftung (Hrsg.)

Alter neu denken

Gesellschaftliches Altern als Chance begreifen

| **Verlag BertelsmannStiftung**

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet unter <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

© 2010 E-Book-Ausgabe (PDF)
2. Auflage 2008
© 2007 Verlag Bertelsmann Stiftung, Gütersloh
Verantwortlich: Hans Jörg Rothen
Lektorat: Heike Herrberg
Herstellung: Christiane Raffel
Umschlaggestaltung: Nadine Humann
Umschlagabbildung: Veit Mette, Bielefeld
Satz: pagina GmbH, Tübingen
Druck: GGP Media GmbH, Pößneck
ISBN 978-3-86793-212-7

www.bertelsmann-stiftung.de/verlag

Inhalt

Vorwort	7
<i>Liz Mohn</i>	
1 Aufgabe und Selbstverständnis der Expertenkommission	11
<i>Andreas Kruse, Rita Süßmuth</i>	
2 Grundlagen	25
Demographische Entwicklung und gesellschaftliches Altern	27
<i>Thomas Klein, Ursula Lehr, Joachim Wilbers</i>	
Alter und sozialer Wandel	49
<i>Maria Dietzel-Papakyriakou, Jürgen Gohde, Andreas Kruse, Ursula Lehr</i>	
Soziale Ressourcen älterer Menschen	71
<i>Gertrud M. Backes, Andreas Kruse</i>	
Psychische Ressourcen des Alters	101
<i>Andreas Kruse, Hans-Werner Wahl</i>	
Gesundheitliche Ressourcen des Alters	125
<i>Hans Peter Meier-Baumgartner, Beate Robertz-Grossmann, Elisabeth Steinhagen-Thiessen</i>	

Herausforderungen der Pflege in der Versorgung älterer Menschen	156
<i>Jürgen Gohde, Andreas Kruse, Gerhard Naegele</i>	
Materielle Ressourcen des Alters – Einkommen und Einkommenssicherheit im Alter	190
<i>Gerhard Naegele, Winfried Schmähl</i>	
Altersfreundliche und ressourcenförderliche Umwelten	217
<i>Elisabeth Wacker, Hans-Werner Wahl</i>	
Nationale und internationale Altenpolitik	248
<i>Rudolf Herweck, Andreas Kruse, Bernd Baron von Maydell, Stefan Pohlmann</i>	
Ethische Perspektiven eines »gelingenden Alters«	280
<i>Hartmut Dietrich, Thomas Rentsch, Rita Süssmuth</i>	
3 Empfehlungen der Expertenkommission	295
Gesellschaftliche Altersbilder: Plädoyer für eine differenzierte Wahrnehmung des Alters	297
Bildung: Lebenslanges Recht, lebenslange Verpflichtung ...	314
Gesundheit: Präventions- und Rehabilitationspotenziale in allen Lebensaltern nutzen	329
Engagement und Partizipation: Gesellschaftliche Ressourcen älterer Menschen nutzen	341
Das Projekt: Expertenkommission	
»Ziele in der Altenpolitik«	357
Die Mitglieder der Expertenkommission – Autorinnen und Autoren	359

Vorwort

Der demographische Wandel mit seinen Auswirkungen auf Wirtschaft und Gesellschaft hat als eine der zentralen Herausforderungen unseres Zeitalters die politische Agenda in der Bundesrepublik Deutschland erreicht. Statistiken und Grafiken reihen sich aneinander, die Entwicklungsszenarien nach Bevölkerungs- und Altersgruppen ausdifferenzieren und nach Berufserfahrungen und Rentenjahrgängen klassifizieren. Je nach politischem Lager oder persönlicher Befindlichkeit münden diese in entsprechende Prognosen und Lösungsvorschläge.

Vielerorts werden schon düstere Szenarien für die Zukunft unserer Gesellschaft entworfen, die die Menschen nicht nur verschrecken, sondern auch zur Lethargie angesichts des großen Reformdrucks verleiten können. Werden aber die Folgen einer ergrauenden Wirtschaft und Gesellschaft immer richtig wiedergegeben? Vom dramatischen Mangel an Fachkräften ist die Rede, der Kollaps der Sozialsysteme wird vorhergesagt, ja selbst die Bedrohung kultureller Werte wird beschworen und der Generationenkrieg bereits als TV-Spiel inszeniert!

Dass kein Missverständnis aufkommt: Angesichts der Herausforderungen des demographischen Wandels bleibt es wichtig, die gesellschafts-, wirtschafts-, sozial- und finanzpolitischen Veränderungen realistisch einzuschätzen und praktikable Lösungen zu entwickeln. Die Umkehr der Alterspyramide verlangt die Auseinandersetzung mit der Zukunft unseres Landes und seiner Bevölkerung auf allen gesellschaftlichen Ebenen. Es ist daher zu begrüßen, dass in den zurückliegenden Jahren das Bewusstsein für Ursachen und Folgen des demographischen Wandels in Deutschland weiter gewachsen ist.

»Es sind Menschen, die das Land mit aufgebaut haben. Es sind

Menschen, die unser gesellschaftliches Leben über Jahrzehnte geprägt haben und für die wir nun eine besondere Verantwortung besitzen!« – Diese Worte von Teddy Kollek, dem kürzlich verstorbenen Alt-Bürgermeister von Jerusalem, sind mir nachhaltig in Erinnerung geblieben. Er sagte sie anlässlich eines gemeinsamen Besuches in einem Alten- und Pflegeheim in Jerusalem kurz vor der Jahrtausendwende – und rückte damit in den Vordergrund, was in unserer schnelllebigen, globalen und oft auch werte- und orientierungsarmen Welt in den Hintergrund zu geraten droht: der Mensch!

Die Frage lautet also nicht allein: Haben wir genügend Instrumentarien zur Bewältigung des demographischen Wandels in unserer Gesellschaft? Sie lautet vielmehr: Haben wir eine Vision für ein selbstbestimmtes Leben im Alter? Und damit eng verknüpft: Haben wir die Ziele in der Altenpolitik in unserem Land richtig gesetzt? Haben wir ein Bild vom Alter, das dem Selbstverständnis der Menschen unabhängig von ihren Lebensjahren in einer modernen Gesellschaft entspricht?

Der demographische Wandel hat nicht nur die Strukturen in unserer Gesellschaft verändert. Natürlich ist uns inzwischen bewusst, dass sich neben den drei Lebensphasen Jugend, Berufszeit und Ruhestand eine neue, vierte Phase, die der Hochbetagten, herausgebildet hat. Die Lebenserwartung hat sich mittlerweile auf 83 Jahre für Frauen und 78 Jahre für Männer erhöht. Heute geborene Kinder haben sehr gute Chancen, mehr als 100 Jahre alt zu werden. Bereits jetzt gibt es in der Bundesrepublik über 10.000 90-jährige Menschen – Tendenz steigend!

Gleichzeitig müssen wir aber auch unser Bild vom Alter verändern – wir müssen das Alter differenzierter sehen und in seiner Komplexität erfassen. Viele Entwicklungen verlaufen in der Gesellschaft inzwischen parallel und nicht mehr in zeitlichen, altersgruppenspezifischen Abfolgen. So trägt die oft noch herrschende Meinung heute nicht mehr, das Alter sei mit weniger Leistungsvermögen, gravierenden Mobilitätseinschränkungen, mit Krankheitszunahme oder Vitalitätsverlust verbunden. Es ist zwar davon auszugehen, dass die Zahl pflegebedürftiger Personen mit steigendem Alter zunehmen wird – aber es ist gleichzeitig damit zu rechnen, dass viele Menschen selbst in hohem Alter noch selbstständig ihren Aktivitäten nachgehen, sei es im Haushalt oder in der Freizeit.

Das ist gut so! Denn ein Ziel sollte es sein, möglichst vielen Älteren in unserer Gesellschaft ein selbstbestimmtes Leben zu sichern. Mit ein wenig Fantasie und gutem Willen könnte es dann gelingen, innovative Formen der Gemeinschaft zwischen Alt und Jung zu entwickeln. Vergessen wir nicht, welche Erfahrungen besonders auch noch im Alter für unsere Gesellschaft wertvoll sind. Ehrenamtliches Engagement kann nicht nur unsere Sozialversicherungssysteme entlasten und einen neuen Pakt zwischen den Generationen schmieden, sondern auch sehr viel Sinnerfüllung und Freude stiften.

Auch die Wirtschaft kann durch entsprechende Maßnahmen zur Förderung von Beschäftigungsfähigkeit und Vitalität zu einem neuen Bild des Alters in unserer Gesellschaft beitragen. Längst gibt es in vielen Firmen im Rahmen partnerschaftlicher Unternehmenskulturen Modelle für den Erfahrungsaustausch zwischen den Generationen, den vollwertigen Einsatz älterer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die kontinuierliche Fortbildung unabhängig von der Altersgruppe sowie flexible Arbeitsformen und Arbeitserleichterungen durch Technologien und Personalentwicklung.

»Ziele in der Altenpolitik« – der Titel und das Programm der von mir initiierten Expertenkommission mögen befremdlich klingen. Denn darum geht es in der Tat: Alter neu zu denken und damit wirklich neue Ziele zwischen den Interessenvertretungen und den Beteiligten zu definieren. Ist es nicht unsere Aufgabe, sowohl für die älteren Menschen in unserem Land wie auch für die nachrückenden Generationen eine Vision von einer Gemeinschaft zu erarbeiten? Solidarität und Partnerschaft, Toleranz und Menschlichkeit bleiben wichtige Eckpfeiler für den Zusammenhalt und das Zusammenleben in einer Gesellschaft.

Es wäre fatal, ältere Menschen als Ballast zu sehen. Sagt man nicht auch, der Zustand einer Gesellschaft lässt sich daran messen, wie sie mit ihren älteren Mitgliedern umgeht? Das Wohlergehen und die Integration älterer Menschen in unsere Gesellschaft sind gleichzeitig mit der Mahnung an uns alle verbunden, dass wir älter werden und damit auf die Gemeinschaft im Kleinen wie im Großen angewiesen sind.

Die Expertenkommission »Ziele in der Altenpolitik« unter der wissenschaftlichen Leitung von Professor Dr. Andreas Kruse und der Führung von Professorin Dr. Rita Süßmuth hat wichtige Akzen-

te für einen Umdenkungsprozess in unserem Land gesetzt. Sie hat innerhalb des Referenzrahmens »Gesundheit«, »Bildung«, »Engagement und Partizipation« sowie »Gesellschaftliche Altersbilder« weder haltgemacht vor heiklen Themen wie der Pflegeinfrastruktur, der sozialen Ungleichheit, der Analyse der Einkommensverhältnisse oder Vorruhestandsregelungen noch vor innerfamiliären Generationenfragen und der Benennung von Verlierern im Altersprozess.

Und sie hat auch konstruktive Lösungsansätze formuliert für den Erhalt von Selbstständigkeit und Kompetenz sowie das Erkennen der Potenziale im Alter! Das Wertvollste an der Arbeit des Gremiums mit seiner Vielzahl an Expertinnen und Experten war jedoch, an eine neue Vision für das Leben im Alter zu glauben und daran gemeinsam – über politische, fachliche und ökonomische Interessen hinweg – zu arbeiten. Mein Dank gebührt daher allen Beteiligten, die die wichtige Arbeit der Expertenkommission mit ihrem großen Know-how, ihrem Einsatz und ihrer Erfahrung unterstützt haben. Es ist dadurch das Konzept einer Bürgergesellschaft entstanden, in der Menschen für Menschen – ob alt oder jung – da sind. Es ist zu hoffen, dass nun die Entscheidungsträger in unserem Land die Vorschläge aufgreifen und damit vielen Menschen hierzulande ein Alter in Würde ermöglichen.

Liz Mohn

*Stellvertretende Vorsitzende des Vorstandes und des Kuratoriums
der Bertelsmann Stiftung in Gütersloh*

1 Aufgabe und Selbstverständnis der Expertenkommission

Andreas Kruse, Rita Süßmuth

Eine Kommission zu »Zielen in der Altenpolitik« muss heutzutage zur Kenntnis nehmen, dass mittlerweile auf internationaler und nationaler, auf Landes- und auf kommunaler Ebene Gutachten angefertigt wurden, die Möglichkeiten einer altersfreundlichen Politik aufzeigen und diskutieren. So ist im Jahr 2002 der »International Plan of Action on Ageing« in seiner zweiten Fassung erschienen, nachdem bereits 1982 eine erste Fassung publiziert worden war. In beiden finden sich zahlreiche Empfehlungen, die auf eine Stärkung der Potenziale des Alters sowohl für das Individuum als auch für die Gesellschaft zielen und die dabei die Heterogenität des Alters berücksichtigen – über verschiedene Gesellschaften und Kulturen hinweg wie auch innerhalb der einzelnen Gesellschaften und Kulturen. Ein weiteres Beispiel sind die zahlreichen Altenpläne auf Landesebene und kommunaler Ebene, die eine fundierte Antwort auf den demographischen Wandel in unserer Gesellschaft geben.

Die Kommission hat sich intensiv mit vorliegenden Dokumenten zur Politikberatung beschäftigt; viele Kommissionsmitglieder waren an der Erstellung internationaler, nationaler, landesbezogener und kommunaler Empfehlungen beteiligt.

Trotzdem bestand von Anfang an in der Kommission Einigkeit darüber, dass es sinnvoll sei, die zahlreichen Berichte zu ergänzen und einzelne Aussagen, die dort getroffen werden, systematisch weiterzuführen und zu konkretisieren. Darüber hinaus zielte die Kommission von Beginn ihrer Arbeit an auf die Erstellung einer Monographie zu zentralen Grundlagen einer Politik für ältere Menschen. Diese wird hiermit vorgelegt. Die Monographie legt dabei die empirische Basis offen, von der aus politische Empfehlungen abgeleitet werden.

Nationale Dokumente zur Altenpolitik

Für die Bundesrepublik Deutschland wurden auf nationaler Ebene bereits mehrere Berichte zur Altenpolitik veröffentlicht, deren Ergebnisse in die Kommissionsarbeit eingegangen sind, wie die fünf Altenberichte der Bundesregierung, der Bericht der Enquête-Kommission »Demographischer Wandel« des Deutschen Bundestages sowie der Vierte Familienbericht der Bundesregierung. Die fünf Altenberichte lassen sich übereinstimmend von der Zielsetzung leiten, die Heterogenität der Alternsformen und die daraus resultierenden, differenzierten Anforderungen an eine Politik für die ältere Generation darzustellen. Sie akzentuieren die Gleichzeitigkeit von Gewinnen und Verlusten im Alternsprozess, der zwei grundlegende Richtungen politischen Handelns entsprechen: Zum einen die Schaffung von Opportunitätsstrukturen, durch die es gelingt, die Kompetenzen – im Zweiten Altenbericht wird ausdrücklich zwischen Daseins- und Fachkompetenzen unterschieden – älterer Menschen gesellschaftlich zu nutzen; hier steht also der potenzielle Beitrag der Älteren zum Humanvermögen unserer Gesellschaft im Vordergrund. Zum anderen geht es um die Schaffung differenzierter Strukturen zur Aktivierung und Unterstützung, durch die ein Beitrag zur Erhaltung von Selbstständigkeit und Kompetenz geleistet wird.

Die Altenberichte rücken weiterhin die Lebenslaufperspektive in das Zentrum ihrer Argumentation und betonen, dass das Individuum durch seine Aktivitäten in früheren Abschnitten des Lebenslaufs, die Gesellschaft durch institutionelle Angebote der Bildung, der Gesundheitsförderung und Prävention, die Unternehmen und Betriebe durch kreativitäts- und innovationsfördernde Personalentwicklung dazu beitragen, dass sich Fähigkeiten und Fertigkeiten ausbilden und erhalten, denen für das selbst- und mitverantwortliche Leben im Alter große Bedeutung beizumessen ist. Die Altenberichte wenden sich mit ihren Analysen und Empfehlungen nicht allein an politische Entscheidungsträger, sondern an alle wichtigen Repräsentanten der Gesellschaft, zu denen Unternehmen und Betriebe ebenso zu rechnen sind wie Gesundheits- und Bildungseinrichtungen.

Im Ersten Altenbericht (erschienen 1992) stand die differenzierte Beschreibung der Lebenssituation älterer Menschen – differenziert nach alten und neuen Bundesländern – im Vordergrund. Es wurde

die große Bedeutung einer Politik betont, die die soziale Ungleichheit innerhalb der älteren Generation verringern hilft, die Therapie- und Rehabilitationsangebote für ältere Menschen systematisch ausbaut, die vermehrt Gewicht auf die Schaffung einer Pflegeinfrastruktur legt – die Forderung nach einem tragfähigen sozialen Pflegeversicherungssystem gehörte zu den zentralen Anliegen der Kommission. Darüber hinaus warnte die Kommission – zu Recht, wie sich heute im Rückblick zeigt – vor den möglichen langfristigen Konsequenzen einer Vorruhestandsregelung, zu denen sie vor allem eine Verschlechterung des in Unternehmen und Betrieben bestehenden Altersbildes sowie bleibend niedrige Beschäftigungschancen der älteren Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zählte.

Der Zweite Altenbericht ging der Frage nach, welche Anforderungen an eine altersfreundliche Gestaltung von Wohnumwelten zu richten sind; dabei wurde hervorgehoben, dass ältere Menschen erhöhte Sensibilität für mögliche Barrieren in der gebauten Wohnumwelt besitzen, von der jüngere Menschen ebenfalls profitieren. Auch aus diesem Grund wurde betont, dass der Begriff der altersfreundlichen Umwelt im Kern eine Perspektiveneinengung bedeute und von einer menschenfreundlichen Umwelt gesprochen werden solle. Die Empfehlungen konzentrierten sich vor allem auf die Schaffung barrierefreier Wohnumwelten, auf den Ausbau von Dienstleistungsangeboten und Begegnungsstätten im Wohnquartier wie auch auf die Schaffung einer mobilitätsfördernden Verkehrsinfrastruktur. Staatlich gefördertes Wohneigentum zu schaffen, wurde als eine zentrale Strategie zur Erhaltung von Selbstständigkeit und Selbstverantwortung betont.

Der Dritte Altenbericht stellte die Ressourcen älterer Menschen für die Gesellschaft in den Vordergrund und wies zunächst auf die Notwendigkeit hin, zu veränderten Altersbildern zu gelangen, in denen sich eine differenzierte Sicht des Alters widerspiegelt. In diesem Bericht wurde von einem mehrdimensionalen Analyseansatz ausgegangen, der den Alternsprozess in den verschiedenen Dimensionen der Person thematisierte. Besonderes Gewicht wurde auch in diesem Bericht auf ein medizinisches und pflegerisches Versorgungsmodell gelegt, in dessen Zentrum die Prävention und die Rehabilitation stehen. Zudem wurde die Forderung erhoben, medizinische und pflegerische Maßnahmen stärker aufeinander abzustimmen und rehabi-

litative Elemente in die Pflege zu integrieren. Dabei wurde auch in diesem Bericht die Bedeutung einer anregenden, die Selbstständigkeit und Selbstverantwortung fördernden Umwelt für die Kompetenz und Lebensqualität älterer Menschen hervorgehoben.

Durch die differenzierte Darstellung der Leistungen, die ältere Menschen in der Familie wie auch in der Kommune erbringen, wurde dem Stereotyp widersprochen, diese seien primär Hilfeempfangende und nur sekundär Hilfegebende. Gleichwohl wurde betont, dass gerade im Hinblick auf eine kontinuierlich steigende durchschnittliche Lebenserwartung vermehrt die Frage nach den Ressourcen der Gesellschaft für das Alter gestellt werden müsse – wobei die differenzierte Analyse der Einkommens- und Vermögensverhältnisse in den verschiedenen Generationen zeigte, dass ältere Menschen keinesfalls mehr allein und auch nicht mehr vorrangig unter dem Aspekt prekärer Lebensverhältnisse betrachtet werden dürfen, sondern dass vielmehr auch im Hinblick auf materielle Lebensbedingungen eine differenzierte Sichtweise notwendig ist, die die hohe Heterogenität der älteren Generation in das Zentrum der Argumentation rückt.

Der Vierte Altenbericht beschäftigte sich mit der Frage besonderer Anforderungen, die das sehr hohe Alter und hier vor allem die Versorgung demenzkranker Menschen an die Gesellschaft stellt. Neben einer Epidemiologie sowohl der körperlichen als auch der psychischen Erkrankungen im sehr hohen Alter stand hier die Ableitung differenzierter therapeutischer, rehabilitativer und pflegerischer Strategien bei der medizinisch-pflegerischen Versorgung demenzkranker Menschen im Vordergrund. Dabei wurde aufgezeigt, dass die derzeit bestehenden infrastrukturellen Rahmenbedingungen die Umsetzung differenzierter, individuum- und familienorientierter Therapie-, Rehabilitations- und Pflegekonzepte eher erschweren denn fördern. Vor allem auf dem Gebiet der Pflege wurden unzureichende infrastrukturelle Bedingungen identifiziert; als eine zentrale Aufgabe für die Novellierung der Pflegeversicherung wurde eine deutliche Verbesserung der Rahmenbedingungen von Pflege beschrieben.

Der Fünfte Altenbericht verfolgte schließlich das Ziel, die Potenziale des Alters für Wirtschaft und Gesellschaft aufzuzeigen. Dabei wurde der Akzent ausdrücklich auch auf Fragen gelegt, die die Senio-

renwirtschaft und dies heißt vor allem die gezielte Ansprache älterer Menschen als Kunden betreffen. Der Bericht zeigt auf, dass sich in der Bundesrepublik Deutschland – verglichen mit anderen Ländern, wie Japan oder den USA – eine Seniorenwirtschaft noch nicht wirklich etabliert hat, was zum Teil mit den hierzulande dominierenden negativen Altersbildern erklärt wird. Weiterhin legt dieser Bericht dar, dass die meisten Unternehmen und Betriebe für die Förderung von Kreativität und Innovationsfähigkeit ihrer Belegschaften zu wenig tun; dies zeigt sich vor allem an den vergleichsweise geringen Beteiligungsquoten im Bereich der betrieblichen und überbetrieblichen Fortbildung, woraus langfristig eine Dequalifizierung älterer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer erwachse.

Den verbesserten Bildungschancen sowohl im Kindes- und Jugendalter als auch im Erwachsenenalter wird eine zentrale Rolle für die Förderung und Erhaltung von Potenzialen bis in das hohe Alter zugeordnet. Dabei werden Bildungsaktivitäten als Ausdruck der Selbstverantwortung der Person sowie als Ausdruck der Mitverantwortung unserer Gesellschaft für die Entwicklung der Person in den verschiedenen Abschnitten des Lebenslaufs interpretiert.

Der Fünfte Altenbericht spricht ausdrücklich von Potenzialen des Alters – für die eigene Entwicklung ebenso wie für die des Humanvermögens –, um deutlich zu machen, dass es sich vielfach um noch nicht umgesetzte Chancen des Alters handelt. Deren Umsetzung, so wird argumentiert, ist an gesellschaftliche und institutionelle Rahmenbedingungen geknüpft, die zur Selbstverantwortung und Mitverantwortung in den verschiedenen Abschnitten des Lebenslaufs anregen und zugleich Möglichkeiten zur Kreativität und Innovation eröffnen. Der Bericht nennt fünf Leitbilder der Kommission, die diese als zentral für die Verwirklichung der Potenziale des Alters ansieht:

- *Prävention* in dem Sinne, dass sich Menschen in allen Lebensaltern um Entwicklung und Erhaltung von Kompetenz und Gesundheit bemühen
- *Bildung* in dem Sinne, dass Menschen in allen Lebensaltern nicht nur das Recht auf Bildung haben, sondern auch eine gewisse Verpflichtung zur Bildung wahrnehmen
- *Mitverantwortung* in dem Sinne, dass ältere Menschen ihre Verantwortung für Generationengerechtigkeit und Generationensolidarität wahrnehmen und umsetzen

- *Innovation* in dem Sinne, dass ältere Menschen durch ihre Ideen, ihre Vorschläge, ihre Handlungen zur Innovation in unserer Gesellschaft beitragen können
- *Wirtschaftskraft* in dem Sinne, dass ältere Menschen durch ihre finanziellen Ressourcen unserer Wirtschaft bedeutende Impulse geben können

Neben den Altenberichten der Bundesregierung ist zunächst der Bericht der Enquete-Kommission »Demografischer Wandel« des Deutschen Bundestages aus dem Jahr 2002 zu nennen, der sich mit den Herausforderungen einer älter werdenden Gesellschaft an die Einzelnen und die Politik beschäftigt. In zehnjähriger Arbeit hat die Kommission eine umfangreiche Analyse der demographischen Entwicklung, der Generationenverhältnisse (auf gesellschaftlicher wie auf inner- und außerfamiliärer Ebene), der Situation in Arbeit und Wirtschaft sowie in gesundheitlicher, pflegerischer und sozialer Versorgung vorgelegt. Darüber hinaus findet sich in dem Bericht eine differenzierte Auseinandersetzung mit Anforderungen, die die Migration an unsere Gesellschaft stellt.

Die Handlungsempfehlungen weisen zum einen auf die Notwendigkeit hin, sich gesellschaftlich sehr viel stärker für die Erhaltung von Kompetenz, Leistungskapazität und Gesundheit älterer Menschen zu engagieren und dabei von der Erkenntnis der hohen Beeinflussbarkeit des Alternsprozesses auszugehen; zum anderen wird hervorgehoben, dass die Verantwortung der Gesellschaft für die Versorgung älterer Menschen mit gesundheitlichen Einschränkungen deutlich wachsen wird und sich die Gesellschaft daher in besonderer Weise der ethischen Grundlagen dieser Verantwortung bewusst sein sollte. Die Annahme, dass in Zukunft die familiären Leistungen in gleichem Umfang zur Verfügung stehen wie heute, wird widerlegt. An deren Stelle werden vermehrt professionelle Dienste treten, deren Finanzierung nicht nur auf die Verantwortung der Gesellschaft, sondern auch auf die Verantwortung der Einzelnen verweist.

Als ein weiterer Bericht auf nationaler Ebene, in dem das Alter im Mittelpunkt steht, ist der 1986 veröffentlichte Vierte Familienbericht der Bundesregierung zu nennen, der der Thematik »Die Stellung älterer Menschen in der Familie« gewidmet ist. Dieser Bericht zeigt auf, dass ältere Menschen vielfach verantwortliche, unterstüt-

zende Aufgaben in den innerfamiliären Generationenbeziehungen wahrnehmen; darüber hinaus wird deutlich gemacht, dass Ältere in vielen Fällen Pflegeleistungen innerhalb der Familie wahrnehmen. Schon damals wurde vor der Annahme gewarnt, dass die mit dem demographischen Wandel verbundenen Anforderungen an die Pflege auch in Zukunft von der Familie erfüllt werden könnten.

Spezifische Zielsetzungen der Kommission

Vor dem Hintergrund dieser nationalen Berichte, in denen Empfehlungen zu altenpolitisch relevanten Fragen gegeben werden, stellte sich die Kommission »Ziele in der Altenpolitik« zwei grundlegende Aufgaben: Zum einen sollten Politikfelder identifiziert werden, die bislang in den auf nationaler Ebene publizierten Empfehlungen zur Altenpolitik noch nicht umfassend gewürdigt wurden, zum anderen sollten Empfehlungen nicht nur an die Politik, sondern auch an zahlreiche andere Akteure in dem jeweiligen Handlungsfeld unterbreitet werden. Diesen beiden Aufgaben übergeordnet war das Bemühen, auf der Grundlage der Sichtung empirischer Befunde und der Erfahrungen in unserer Gesellschaft zu einem neuen kulturellen Verständnis von Altern und Alter zu gelangen.

Welche Politikfelder wurden als bedeutsam für die Kommissionsarbeit identifiziert? Im Wesentlichen waren es vier Bereiche, zu denen die Kommission Empfehlungen geben wollte: Gesundheit, Bildung, Partizipation und Engagement, Altersbilder. Die Kommission war sich zwar der Tatsache bewusst, dass auch zu diesen Bereichen bereits Empfehlungen vorlagen, sah jedoch zugleich die Notwendigkeit, im Hinblick auf diese Bereiche besondere Akzente zu setzen, dies auch, um Anregungen für den aktuellen politischen Diskurs zu geben.

In Bezug auf Gesundheit weist die Kommission auf die Notwendigkeit einer Stärkung der Prävention für das Alter und im Alter wie auch auf die Bedeutung geschlechtsspezifischer und schichtspezifischer Bedürfnislagen im Kontext von Präventionskonzepten hin. Zudem hebt sie hervor, dass sich das Verständnis von Pflege substantiell verändern muss – und zwar in der Hinsicht, dass auch die Rehabilitation in der Pflege eine stärkere Gewichtung erfährt.

In Bezug auf Bildung wird die Verringerung von Bildungsungleichheiten als vorrangige Aufgabe genannt, wobei hier nicht nur Ungleichheit in den späteren, sondern auch in den frühen Lebensphasen besondere Aufmerksamkeit erfährt. Zudem wird für ein Bildungssystem plädiert, in dem allgemein bildende und gesundheitsförderliche Angebote sehr viel besser mit beruflichen Weiterbildungsangeboten abgestimmt werden. Hier macht sich die Kommission für eine deutlich intensivere Kooperation von Bildungsträgern, Betrieben und Unternehmen stark.

Hinsichtlich Partizipation und Engagement wird eine besondere Anforderung darin gesehen, den öffentlichen Raum so zu gestalten, dass ältere Menschen in der Umsetzung ihrer vielfältigen Engagementinteressen unterstützt und eben nicht behindert werden. Dabei ist auch die Zugänglichkeit prestigeträchtiger Ehrenämter zu problematisieren sowie die völlig unzureichende Nutzung von Potenzialen ausländischer Mitbürgerinnen und Mitbürger.

Schließlich sieht die Kommission eine bedeutende Aufgabe darin, die in Gesellschaft, Kultur und Politik dominierenden Altersbilder kritisch zu reflektieren – in der Hinsicht, dass die Gleichsetzung von Alter mit Einschränkungen und Verlusten aufgegeben wird, aber auch, dass das Potenzial des Alters nicht nur im Bewahren von Tradition oder in Lebenserfahrung gesehen wird, sondern auch in der Entwicklung kreativer und innovativer Handlungsentwürfe.

Leitbilder der Kommission: Für eine altersfreundliche Gesellschaft und Kultur

Die Formulierung von Zielen der Altenpolitik ist auch im Sinne einer normativen Setzung bezüglich der durch gezielte politische Einflussnahme zu verwirklichenden oder anzustrebenden Sollzustände zu verstehen. Die von der Expertenkommission hier entwickelten Handlungsempfehlungen spiegeln nicht lediglich Ergebnisse empirischer Forschung, sondern auch für die Einordnung und Bewertung von Forschungsergebnissen maßgebende Leitbilder wider, die im Folgenden ausgeführt werden sollen. Diese Leitbilder sind zum Teil dadurch legitimiert, dass das Ausmaß ihrer Verwirklichung nachgewiesenermaßen zur Erfüllung von globalen Kriterien beiträgt, die

Individuen bei der Bewertung ihres eigenen Alternsprozesses zugrunde legen und die sie in der Gestaltung ihres eigenen Alternsprozesses zu maximieren versuchen. Zu nennen sind hier vor allem Zufriedenheit, Wohlbefinden und Sinnerleben.

Bei der Entwicklung von Zielen der Altenpolitik beschränkt sich die Kommission allerdings nicht auf die Reflexion individueller Alternsprozesse. Vielmehr wird berücksichtigt, dass das Altern der Gesellschaft sowohl als Individual- wie auch als Kollektivphänomen betrachtet werden muss. Daher ist ebenfalls zu fragen, inwieweit eine Veränderung von Kontextbedingungen individueller Alternsprozesse nicht nur in individuellem, sondern auch in gesellschaftlichem Interesse ist.

Entsprechend ist ein Teil der den Handlungsempfehlungen zugrunde liegenden Leitbilder durch eine Kosten-Nutzen-Bilanzierung auf gesellschaftlicher Ebene legitimiert, also durch systematische Zusammenhänge mit dem Humanvermögen und/oder den von der Gemeinschaft zu tragenden Belastungen. Zu nennen sind hier besonders eine Zunahme an Produktivität und Innovationsfähigkeit sowie relative Rückgänge der ökonomischen Belastung, der Morbidität, der funktionellen Einbußen und des daraus erwachsenden Unterstützungsbedarfs. Einige Leitbilder zielen auf eine Veränderung der individuellen Lebensführung, andere auf eine Veränderung gesellschaftlicher Strukturen oder einen veränderten gesellschaftlichen und kulturellen Umgang mit Altern:

Selbstbestimmtes Leben im Alter

Mit diesem Leitbild wird zum Ausdruck gebracht, dass Menschen die Möglichkeit haben sollten, ihren eigenen Alternsprozess auf der Grundlage persönlicher Werte, Zielvorstellungen und Präferenzen zu gestalten, also etwa die Entscheidung über alternative Lebensformen und das jeweilige Ausmaß an Engagement oder sozialem Rückzug grundsätzlich den Einzelnen obliegt. Dabei sieht die Kommission die Möglichkeiten eines selbstbestimmten Lebens im Alter als sowohl durch gesellschaftliche Opportunitätsstrukturen als auch durch selbstverantwortliches Handeln im Lebenslauf bedingt. Daraus leitet sich einerseits für die Einzelnen eine Verpflichtung zu eigenverantwortlichem Handeln ab, andererseits ergibt sich für die Gesellschaft die Verpflichtung, unnötigen Einschränkungen der Ent-

scheidungsfreiräume einzelner Frauen und Männer vorzubeugen und bestehende Ungleichheiten nach Möglichkeit abzubauen.

Verwirklichung unterschiedlicher Formen des Alterns

Dieses Leitbild gründet auf der Erkenntnis, dass Menschen mit zunehmendem Alter einander nicht ähnlicher, sondern eher unähnlicher werden und sich die ausgeprägte Unterschiedlichkeit in körperlichen, geistigen und sozialen Alternsprozessen auch in den im Alter als zentral erlebten Entwicklungsaufgaben und Entwicklungschancen widerspiegelt. Zufriedenheit, Wohlbefinden und Sinnerleben im Alter finden sich empirisch in sehr unterschiedlichen Konstellationen von Person- und Umweltbedingungen. Angesichts dieser Unterschiede lassen sich normative Setzungen hinsichtlich der im Alter zu verwirklichenden Lebensformen oder der jeweils anzustrebenden Entwicklungsziele nicht legitimieren.

Erhöhte Sensibilität der Gesellschaft für unterschiedliche Lebenslagen sowie für geschlechtsspezifische Unterschiede in Lebenschancen und Lebensentwürfen

Im öffentlichen Diskurs muss den unterschiedlichen Formen des Alters deutlich stärker Rechnung getragen werden. Einseitig positiv akzentuierte Altersbilder sind ebenso zu vermeiden wie einseitig negativ akzentuierte. Körperliches, geistiges und soziales Altern sind vielmehr ausdrücklich als Resultat eines komplexen Zusammenwirkens individueller Bedürfnisse, Wünsche und Präferenzen, im Lebenslauf ausgebildeter Erfahrungen und Kompetenzen sowie lebenslage- und nicht selten auch geschlechtsspezifischer Opportunitätsstrukturen zu erkennen. Angesichts der Heterogenität des Alters ist auch zur Kenntnis zu nehmen, dass sich politisches Handeln nie auf alle älteren Menschen in vergleichbarer Weise auswirkt, sondern in seinen konkreten Auswirkungen von einem komplexen Zusammenwirken zahlreicher individueller und sozialstruktureller Merkmale abhängt.

Aufrechterhaltung von Selbstständigkeit und Mobilität

Die Aufrechterhaltung von Selbstständigkeit und Mobilität ist für die Verwirklichung zahlreicher individueller Zielvorstellungen ebenso zentral wie für soziale Integration und soziale Teilhabe im Alter. Das

Bemühen, Einschränkungen zu vermeiden, zu verzögern oder zu kompensieren, ist deshalb aus individueller Perspektive ein wichtiges Merkmal eigenverantwortlichen Handelns. Aus stärker gesellschaftlicher Perspektive stellt die Vermeidung von Hilfs- oder Pflegebedürftigkeit nicht zuletzt auch wegen der hohen finanziellen Belastungen eine zentrale Zielsetzung dar.

Prävention und lebenslanges Lernen

Mit diesem Leitbild wird zunächst berücksichtigt, dass technische Innovationen und eine gestiegene Lebenserwartung auch mit dem Risiko verbunden sind, dass in früheren Jahren ausgebildete Wissenssysteme und erworbene Erfahrungen veralten und nutzlos werden. Des Weiteren wird berücksichtigt, dass die Voraussetzungen für eine Verwirklichung von Potenzialen im Alter zu einem guten Teil in früheren Lebensaltern geschaffen werden, Gesundheit und Leistungsfähigkeit auch im hohen Alter noch beeinflusst werden können und über die gesamte Lebensspanne die Möglichkeit besteht, Neues zu lernen. Mit der Betonung der Gestaltbarkeit von Alternsprozessen verweist das Leitbild sowohl auf eine zentrale Anforderung an eine zukunftsorientierte und zukunftsfähige Altenpolitik als auch auf die Verantwortung der Einzelnen. Ältere Menschen verfügen heute infolge veränderter Bildungsbiographien und einer besseren Ausstattung mit materiellen und gesundheitlichen Ressourcen im Allgemeinen über gute Voraussetzungen für eine selbstverantwortliche Gestaltung des eigenen Alternsprozesses.

Generationensolidarität und Generationengerechtigkeit

Mit diesem Leitbild wird berücksichtigt, dass in dynamischen Gesellschaften die Chancen, die sich für eine Altersgruppe ergeben, nicht selten mit Risiken für andere Altersgruppen verbunden sind. Entsprechend ist es denkbar, dass die gezielte Förderung der Nutzung von Ressourcen des Alters zulasten der für nachfolgende Generationen bestehenden Möglichkeiten geht, ihre eigenen Ressourcen zu vermehren oder zu verwirklichen, insbesondere unter der Bedingung knapper Ressourcen. Die Förderung von Potenzialen des Alters ist deshalb auch im Zusammenhang mit anderen gesellschaftspolitischen Prioritäten zu sehen, etwa der Notwendigkeit, eine kinderfreundliche Gesellschaft zu schaffen, die Vereinbarkeit von Familie

und Beruf zu verbessern oder die Effektivität des Bildungssystems zu erhöhen. Entsprechend ist eine nachhaltige Förderung von Potenzialen älterer Menschen nur im Kontext einer generationenübergreifenden Perspektive möglich, die sich gleichzeitig kontinuierlich um die Transparenz von Zielsetzungen und Maßnahmen bemüht.

Adressierung älterer Menschen als politisch verantwortliche Bürgerinnen und Bürger

Dieses Leitbild beruht auf der Erkenntnis, dass sich unsere Gesellschaft nach wie vor durch eine Reserviertheit gegenüber dem Alter auszeichnet, die den Zugang älterer Menschen zum öffentlichen Raum teilweise erheblich erschwert. Aus Befunden zum bürgerschaftlichen Engagement lässt sich folgern, dass nicht wenige Ältere durchaus bereit wären, sich stärker zu engagieren, vielfach aber der Eindruck besteht, ein solches Engagement werde einem von anderen nicht zugetraut oder sei nicht erwünscht. Dies ist gleichbedeutend damit, dass ältere Menschen in unserer Gesellschaft nicht selten mit einem Altersbild konfrontiert werden, das Stärken und Potenziale des Alters nicht angemessen berücksichtigt.

Soziale Teilhabe und soziales Engagement

Dieses Leitbild geht davon aus, dass demokratische Gesellschaften generell ein Interesse daran haben (sollten), dass Menschen unabhängig von bestehenden Einschränkungen und Einbußen an gesellschaftlichen Innovationen partizipieren und die Möglichkeit haben, sozialen Wandel mitzugestalten. Eine alternde Gesellschaft kann auf Dauer nicht auf die Nutzung der Potenziale ihrer älteren Mitglieder verzichten. Dies gilt sowohl für die Arbeitswelt als auch für das bürgerschaftliche Engagement.

Sensibler gesellschaftlicher und kultureller Umgang mit den Grenzsituationen des Alters

Dieses Leitbild beruht auf der Einsicht, dass die Konfrontation mit Grenzen gerade im Alter nicht nur untrennbar mit der menschlichen Existenz verbunden ist, sondern in vielen Fällen auch dazu führt, psychische Wachstumsprozesse (auch im Sinne eines Werdens zu sich selbst) anzustoßen. Somit kann eine Gesellschaft prinzipiell auch daraus lernen, wie ältere Menschen sich mit Grenzsituationen

auseinandersetzen. Dennoch scheint das in den letzten Jahrzehnten deutlich gewachsene Interesse an den Potenzialen des Alters auch dazu beigetragen zu haben, dass ein öffentlicher Diskurs über den adäquaten Umgang mit Grenzen der menschlichen Existenz gerade nicht geführt wird und Leitbilder, an denen sich Menschen in ihrer Auseinandersetzung mit Grenzen orientieren könnten, nicht verfügbar sind. Vor allem in alternden Gesellschaften stellt sich die Aufgabe, differenzierte Altersbilder zu entwickeln, die es auch ermöglichen, die unvermeidlichen Grenzen der menschlichen Existenz zu integrieren.

2 Grundlagen

Demographische Entwicklung und gesellschaftliches Altern

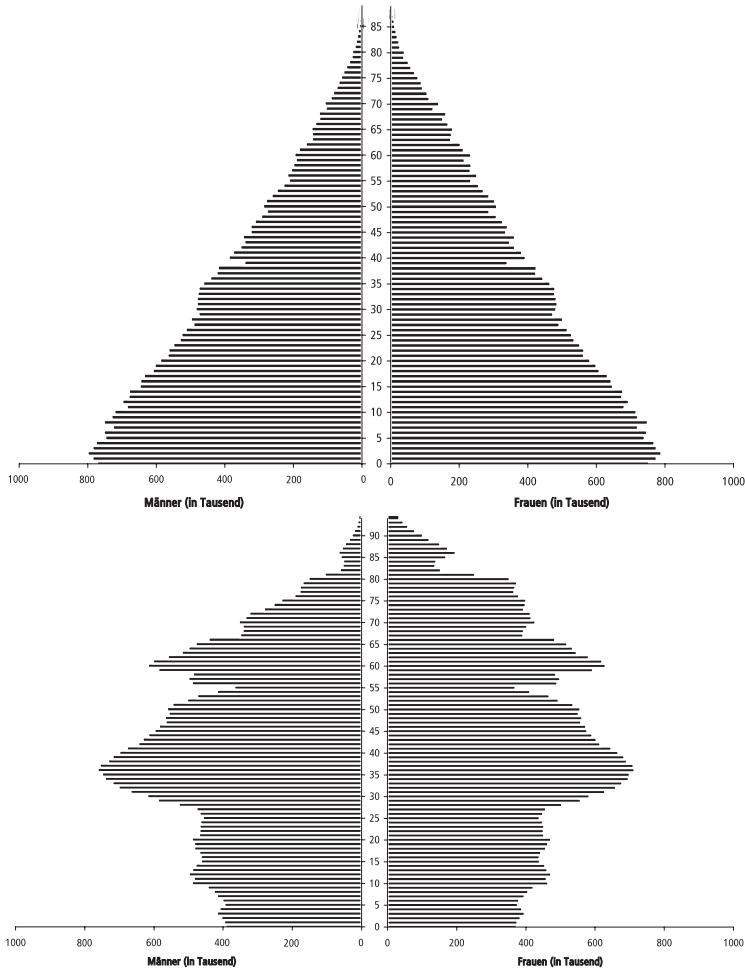
Thomas Klein, Ursula Lehr, Joachim Wilbers

Die Altersstruktur der Bevölkerung Deutschlands hat im letzten Jahrhundert einen enormen Wandel erfahren. Die demographischen Entwicklungen lassen sich – Migrations- und Kriegseinflüsse ausgenommen – im Wesentlichen auf einen Rückgang der Geburten und eine höhere Lebenserwartung zurückführen. So hat sich die Lebenserwartung hierzulande seit 1880 mehr als verdoppelt, während die Geburtenzahlen seit Mitte der 70er Jahre des 20. Jahrhunderts deutlich zurückgegangen sind.

Zu Beginn des 20. Jahrhunderts hatte die Altersstruktur noch die Form einer Pyramide (Abbildung 1). Eine solche kommt durch kontinuierlichen Geburtenanstieg und/oder kontinuierlichen Rückgang der Sterblichkeit zustande. Ausschlaggebend für die deutsche Alterspyramide von 1910 war der zurückliegende Sterblichkeitsrückgang vor allem im Säuglingsalter. In dieser Phase des sogenannten demographischen Übergangs war das vorindustrielle hohe Geburtenniveau noch weitgehend ungebrochen, während die Sterblichkeit schon lange rückläufig war.

Bis zum Jahr 2000 haben sich die Altersstruktur und die Form der Pyramide erheblich verändert, was im Wesentlichen auf die Geburtenentwicklung der letzten Jahrzehnte zurückzuführen ist: In den mittleren Altersjahren sind die Auswirkungen des Babybooms der 60er Jahre sowie des anschließenden Geburtenrückgangs sichtbar. Im Altersbereich ab 70 Jahren ist ferner ein Frauenüberschuss zu erkennen, der sich auf die höhere Lebenserwartung von Frauen zurückführen lässt. Die Prognose bis 2050 sagt einen noch stärker »kopflastigen« Altersaufbau vorher (Statistisches Bundesamt 2003). Darin kommt auch zum Ausdruck, dass die Veränderungen der Altersstruktur, die lange Zeit vor allem durch die Geburtenentwicklung

Abbildung 1: Alterspyramiden für Deutschland – 1910 und 2000



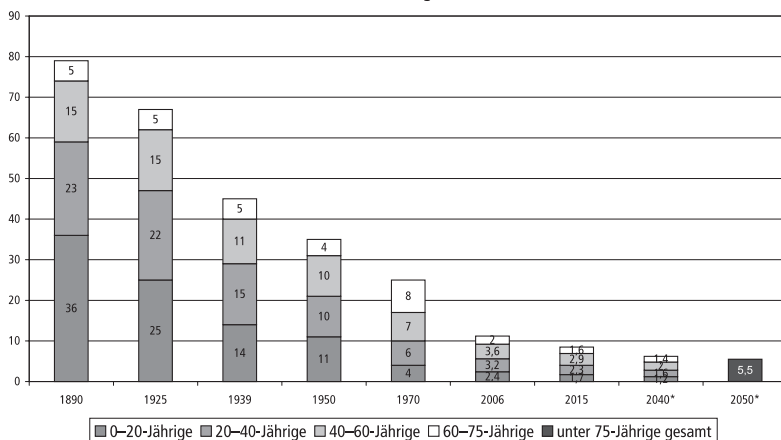
Quelle: Klein 2005

und den beträchtlichen Rückgang der Säuglingssterblichkeit bestimmt waren, heute in vielen westlichen Industrienationen immer stärker auch von dem Sterblichkeitsrückgang in mittleren und höheren Altersstufen geprägt werden.

Das Zahlenverhältnis der Generationen hat sich deutlich verändert (Abbildung 2). Kamen 1890 in Deutschland auf einen über 75-Jährigen noch 79 Menschen im Alter bis zu 75 Jahren, so sind es

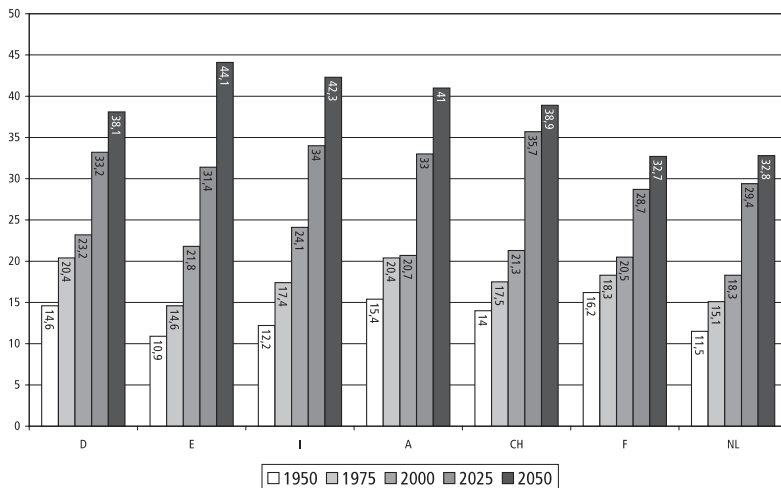
Abbildung 2: Zahlenverhältnis der Generationen

Auf einen über 75-Jährigen kommen ...



Quelle: Statistisches Jahrbuch 2006, * Schätzung aufgrund der 10. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung

Abbildung 3: Anteile der 60-Jährigen und Älteren in ausgewählten europäischen Ländern (in Prozent)



Quelle: UN 2002, World Population Ageing 1950–2050

gegenwärtig nur noch etwa zwölf mit weiter sinkender Tendenz. Der Anteil der älteren Menschen hat sich in allen europäischen Ländern erhöht, allerdings gibt es durchaus Unterschiede (Abbildung 3).

Wandel der Familien

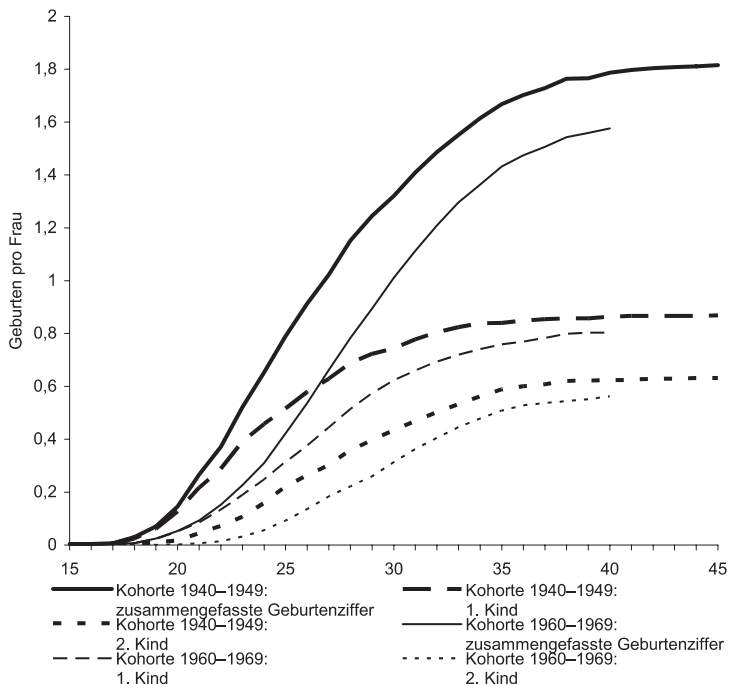
Für die demographische Entwicklung ist neben Wanderungen und der Lebenserwartung die Fertilität eine wesentliche Determinante. Das generative Verhalten wiederum hängt in der Regel von der Existenz und der Form von Paarbeziehungen ab und ist Resultat ihrer Entscheidungen. Beispielsweise folgt heutzutage einer Eheschließung nicht mehr zwangsläufig auch die Geburt von Kindern, und umgekehrt nimmt die Zahl nichtehelicher Geburten zu.

Häufig werden für die Geburtenentwicklung aggregierte Maßzahlen wie die »zusammengefasste Geburtenziffer« herangezogen, die der Summe der altersspezifischen Geburtenziffern entspricht und darüber informiert, wie viele Kinder eine Frau im Verlauf ihres Lebens durchschnittlich bekommt. Näherer Aufschluss ergibt sich aus einer Betrachtung, die nach der Nummerierung der Geburt für das Individuum (oder die Partnerschaft) unterscheidet (paritätsbezogene Betrachtung). Diese reflektiert notwendigerweise die längsschnittliche Individualperspektive.

Abbildung 4 zeigt für Westdeutschland eine Verringerung der Familiengründungsbereitschaft der 1960 bis 1969 geborenen Frauen gegenüber den Jahrgängen 1940 bis 1949 von knapp 90 auf 80 Prozent bzw. eine Zunahme der dauerhaften Kinderlosigkeit auf 20 Prozent. Zweite und dritte Kinder werden allerdings in etwa demselben Ausmaß (seltener) geboren. Das bedeutet, dass die seltenere Geburt von zweiten und dritten Kindern weitgehend darauf beruht, dass die Familiengründung an sich seltener geworden ist. Wurde dagegen ein erstes Kind geboren, ist die Geburt eines zweiten Kindes weitgehend gleich wahrscheinlich geblieben, Entsprechendes gilt für das dritte Kind. Somit ist die Geschwisterlosigkeit in Deutschland nicht weit verbreitet. Größere Kinderzahlen sind allerdings Geschichte und bei den heute lebenden Generationen sehr selten geworden.

Zum Teil verantwortlich für das Sinken der Bereitschaft zur Familiengründung und -erweiterung ist die steigende Instabilität von

Abbildung 4: Geburtenentwicklung in Westdeutschland (nach Parität)



Quelle: Klein 2005: 75

Ehen und Partnerschaften: Einerseits wird durch Trennungen eine Familienerweiterung verhindert, andererseits stellt aber auch eine instabile Partnerschaft einen Hinderungsgrund für die Realisierung eines Kinderwunsches dar (Eckhard 2006). Allerdings nimmt mit dem Anstieg von Scheidungen und Trennungen auch die Zahl der Stieffamilien zu, die sich im Vergleich zu »Normalfamilien« dadurch auszeichnen, dass sie stärker zur Familienexpansion neigen.

Für das generative Verhalten spielt insofern nicht nur die Existenz einer (möglichst stabilen) Partnerschaft eine Rolle, sondern auch die Familienform. In den letzten Jahrzehnten hat hier ein enormer Wandel stattgefunden, der auch immer wieder in den Medien aufgegriffen wird: Von »Single-Gesellschaft« bis »Patchwork-Familien« ist da einiges zu lesen und zu hören.

Seit den 60er Jahren nimmt die Zahl der jährlichen Eheschließungen (pro 1000 Einwohner) kontinuierlich ab (Klein 2005), wäh-